

Das Internationale Jugendcamp für Menschenrechte und Frieden in Kwangju vom 14.-20. Mai 1996

Von Elif Dikkaya und Silke Therhaag

Anlässlich des 16. Jahrestages des Mai-Aufstandes von 1980 in Kwangju wurde im Mai dieses Jahres erstmalig für eine Woche ein internationales Jugendcamp für Menschenrechte und Demokratie durchgeführt, das von der Kwangju Citizen's Solidarity (KCS) und dem Kwangju Uprising Commemoration Committee organisiert wurde. An diesem Jugendcamp nahm auch eine Gruppe von acht Jugendlichen aus Deutschland teil, deren Teilnahme vom korea-Verband e.V., vorbereitet wurde.

KCS, die sich in Fortsetzung der Idee und des Andenkens des Mai-Aufstandes für die soziale und politische Entwicklung Koreas einsetzt, hatte bereits in den zwei vorangegangenen Jahren mit Menschenrechtsaktivisten und Wissenschaftlern aus Argentinien, Zaire, Deutschland und Japan Konferenzen zur Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte in Korea und der Welt veranstaltet. Daraus erwuchs die Idee, ein Zusammentreffen der internationalen Jugend zu organisieren. Es wurde die Notwendigkeit gesehen, daß für langfristigen demokratischen Frieden und die Respektierung der Menschenrechte in aller Welt ein Dialog mit und zwischen jungen Menschen unerlässlich ist.

So bildete der Kwangju-Aufstand, der als Ausdruck und Symbol von Demokratisierungsforderungen, Frieden und Gerechtigkeit steht, den Leitfaden für das Jugendcamp. Es wurden ausländische TeilnehmerInnen aus insgesamt 19 Ländern aller Kontinente, sowie Koreaner aus nahezu allen Regionen Südkoreas und im Ausland lebende Koreaner eingeladen. Die Teilnehmer kamen fast ausschließlich aus Bereichen der aktiven Arbeit für Menschenrechte und Frieden, d. h. viele mit praktische Erfahrungen durch die Arbeit im Rahmen von NGO's oder Studentenbewegungen und einige wenige aus juristisch wissenschaftlich orientiertem Umfeld. Das Camp zielte in seiner konkreten Ausgestaltung dahin, daß die Teilnehmer miteinander im kulturellen und politischen Austausch stehen, also neben einem offiziellen Programm auch in Gesprächen und Diskussionen die Möglichkeit hatten, von Menschenrechtssituationen, sozialen sowie politischen Problemen der jeweiligen Teilnehmerländer zu erfahren. Der Grundgedanke war, daß einzig aus einem gemeinsamen Bewußtsein und Verständnis für die Globalität der Probleme und Nöte eine wirkliche Solidarität aller Menschen für den Kampf der Menschenrechte wachsen könne.

Ein weiteres Anliegen des Jugendcamp war es zudem, unter allen TeilnehmerInnen ein weltweites Informations- und Kommunikationsnetz über Menschenrechte einzurichten. Am Ende des Jugendcamps wurde eine gemeinsame Resolution verfaßt, die weltweit in Umlauf gebracht werden sollte.

In den ersten Tages war das Programm zunächst darauf ausgerichtet, anhand von Filmdokumentationen und Augenzeugenberichten die Schrecken und den erbitterten Kampf der Menschen in Kwangju im Mai 1980 für eine demokratische Ordnung, die Menschenrechte und Frieden garantiert, in Erinnerung zu rufen und Hintergrundwissen zu vermitteln. Durch Länderpräsentationen stellten die einzelnen TeilnehmerInnen die Menschenrechtssituation und die ökonomische und gesellschaftliche Lage in ihren Heimatländern dar. Die katastrophale Situation in ihren Ländern schilderten auf erschütternde Weise der aus Bhutan stammende, aber im Exil in Nepal lebende Bishnu Pradhan, Sekretär beim *Peoples Forum for Human Rights Bhutan*, und Sanjee Liyanage aus Sri Lanka, der für *Asian Human Rights Commission* in Hong Kong arbeitet. Bishnu berichtete z.B. vom in

Bhutan absolutistisch herrschenden König, der sowohl Chef der Regierung als auch des Gerichts ist und politische Parteien und oppositionelle Aktivitäten verbiete bzw. schwer ahnde. Neben dieser eklatanten Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung gibt es in Bhutan auch keine Verfassung, fundamentalste Rechte und Freiheiten sind nicht gewährleistet. Von einer freien Presse kann außerdem nicht die Rede sein - nur einmal in der Woche wird von der Regierung eine Propagandabroschüre herausgegeben. Bishnu mußte seine Heimat, wie über 100.000 Landsleute auch, verlassen, um sein Engagement für Demokratie und Menschenrechte fortsetzen zu können. Sanjee berichtete - als Parallele zur Demokratiebewegung von Kwangju - von Aufständen in Sri Lanka seit den 70er Jahren bis zu der Kundgebung von 1989, bei deren Niederschlagung Zehntausende Schüler und Studenten umgebracht wurden. Außerdem ging er auf den Kampf der Tamilen für ein eigenes Land ein.

Wie Bishnu und Sanjee vertraten auch einige andere TeilnehmerInnen Organisationen, die nicht in ihren Heimatländern sondern im Ausland wirken, da sie nur dort freiheitlich und kritisch für die Menschenrechte in ihrer Heimat kämpfen können. Mehrere TeilnehmerInnen schilderten, daß sie nur unter Wahrung ihrer Anonymität an den im Camp geplanten Aktivitäten mitmachen könnten, da sie sonst bei der Rückreise in ihr Heimatland mit Schwierigkeiten zu rechnen hätten.

In den Veranstaltungen zum Kwangju-Aufstand wurde deutlich, daß dieser Aufstand eines von unzähligen Beispielen ist, wie sich Menschen bedingungslos für Demokratie, Menschenrechte und Frieden einsetzen und in dem Kampf dafür auch zu großen Opfern bereit sind. Viele TeilnehmerInnen konnten von ähnlichen Ereignissen aus der nahen Vergangenheit in ihren Ländern berichten. Cesarina Rocha aus Osttimor, Präsidentin der *Student Supporters of East Timor* in Darwin (Australien) klagte in ihrem bewegenden Bericht die indonesische Regierung wegen deren Kolonialpolitik in Osttimor an. Sie kritisierte, daß die Welt bei der invasionsartigen Besetzung der Insel durch indonesische Soldaten im Jahre 1975 nur zugesehen hätte. Traurig war die Parallele, die Cesarina für ihr eigenes Land zum Kwangju-Massaker ziehen mußte. Am 12.11.1991 eröffneten indonesische Einheiten das Feuer auf eine friedliche Prozession in Dili. Dabei wurden 200 junge Menschen sofort getötet und weitere 200 erlagen wenig später ihren Verletzungen. Bei einem zweiten Massaker kurze Zeit später wurden 80 Menschen erschossen. Die indonesische Regierung bekämpft Unabhängigkeitsbestrebungen seitens Osttimors durch die Unterdrückung oppositioneller Tätigkeit und die Verhaftung der Aktivisten, zu denen auch viele engagierte Studenten gehören. Mittlerweile gibt es auch unter der Bevölkerung in Indonesien zunehmende Kritik und Widerstand gegen die Okkupationspolitik der Regierung. Das verdeutlicht nach Aussage von Cesarina, daß auch viele Indonesier nicht mehr an die Demokratie in Indonesien glauben und den diktatorischen und militanten Charakter ihres Systems erkennen. In Osttimor gibt es, wie Cesarina betonte, keine Grundrechte und Freiheiten, willkürliche Verhaftungen, Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Zwangssterilisationen von Mädchen und Frauen, plötzliches "Verschwinden" von Menschen, Mord, Diebstahl von timoresischem Eigentum und Zerstörung der Umwelt seien alltägliche und grausame Realität. Cesarina zog am Ende ihrer Rede während eines Symposiums in der Mudung-Hall in Kwangju eine positive und eine negative Bilanz. Positiv sei, daß der Widerstand der Bevölkerung immer größer werde, man sich auf Gespräche vorbereite und auch schon ein Friedensplan entworfen habe, der freie Wahlen und die freie Selbstbestimmung versehe. Andererseits gehe das indonesische Militär mit noch größerer Gewalt vor und die Welt schaue erneut weg.

Ein weiterer Beitrag während des Symposiums behandelte die Situation der in Japan lebenden KoreanerInnen. Kwak Jin-ung, Generalsekretär der *Association of Koreans in Japan for Democratic Human Rights*, schilderte die Diskriminierung der KoreanerInnen in Japan,

die in allen Lebensbereichen deutlich werde. Japan weigert sich, seiner durch die Kolonialisierung Koreas entstandenen Verantwortung gerecht zu werden. In der Zeit der kolonialen Besetzung Koreas durch Japan (1910-45) hatte Japan eine Politik der Land- und Ressourcenplünderung sowie der Ausbeutung der KoreanerInnen betrieben. Viele mußten aus wirtschaftlicher Not nach Japan emigrieren oder wurden als Arbeiter, Soldaten oder Zwangsprostituierte nach Japan deportiert. Die Fortsetzung der Diskriminierung werde durch eine Anti-Ausländer-Politik verdeutlicht, die auf dem Grundsatz von einem Land mit einer ethnischen Homogenität basiere.

Die deutsche Wiedervereinigung wurde in einem Beitrag von Jan Schmidt, Sprecher der Bamberger Juso-Hochschulgruppe, behandelt. Er ging dabei auf die sozialen Probleme und Nöte der im Osten Deutschland lebenden Menschen ein, die nach der Wiedervereinigung mit Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit konfrontiert sind. Aber auch die Probleme bei der Realisierung der "geistigen Wiedervereinigung" sowie bei der Überwindung der gegenseitigen ablehnenden Vorurteile der "Ossis" und "Wessis" wurden angesprochen.

Lee Sang-young, Professor für Rechtswissenschaften an der Ch'ung-buk National University, thematisierte in seinem "18. Mai und die Demokratie Koreas" überschriebenen Beitrag die Bedeutung der Verfassung im Kontext von Demokratie und Volkssouveränität. Die Verfassung einer Nation sei ein Spiegel der Nöte und Forderungen eines Volkes an seine Regierung. So habe, als klassisches Beispiel, die Park-Regierung verfassungsrechtliche Entwicklungsprozesse durch Notmaßnahmen verboten und dabei erneut ihren undemokratischen Charakter als Militärregime offenbart. Die Kwangju-Demokratisierungsbewegung vom Mai 1980 sei ein Aufbegehren der Menschen gewesen, die eine Verfassungsgarantie und die Wiedereinrichtung der Volkssouveränität gewollt hätten. Durch den Kampf und die Opfer der koreanischen Bevölkerung konnte während der 6. Republik und gegenwärtig unter der zivilen Regierung eine Entwicklung in Richtung Demokratisierung erreicht werden. Die Verurteilung der Verantwortlichen für die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes sei nicht nur ein strafrechtlicher Fall der Bestrafung von Kriminellen, sondern vor allem ein Prozeß der Verfassung. Neben der Vergangenheitsbewältigung stehen weitere dringende Aufgaben im Prozeß der Demokratisierung an, Abschaffung des Nationalen Sicherheitsgesetzes, die Legalisierung des neuen Gewerkschaftsdachverbandes *Minjunoch'ong*, Einrichtung von Sozialhilfe, Einsatz für den Umweltschutz und Reformen des Bildungssystems. Die Regierung unter Kim Young-sam habe mit der Konzentration auf Probleme der Vergangenheit und der Vernachlässigung der aktuellen Aufgaben bereits ihre Schwäche offenbart.

Alle TeilnehmerInnen des Camps nahmen an zwei beeindruckenden Veranstaltungen teil, die in Gedenken an die Opfer von Kwangju und zur Bewußtmachung ihrer Ziele durchgeführt wurden. In der Innenstadt von Kwangju fand am 17. Mai eine Großveranstaltung aus Anlaß des Jahrestages des Aufstandes statt, an der über 100.000 BürgerInnen teilnahmen. Wir waren beeindruckt von der spürbaren gemeinsamen Überzeugung der Menschen, daß es notwendig ist, sich für den Schutz der Menschenrechte persönlich einzusetzen. Durch Leinwandprojektionen wurden die damaligen Ereignisse erneut ins Gedächtnis zurückgerufen und in Tanzszenen der Opfer und ihrer Angehörigen gedacht. Am nächsten Tag, dem 18. Mai, nahmen wir an den Feierlichkeiten auf dem *Mangwoldong*-Friedhof, auf dem die Opfer des Kwangju-Massakers beerdigt sind, teil. Wir brachten unser Gedenken der Opfer durch das Anzünden von Kerzen an den Gräbern und das Hinzufügen von kleinen Steinen zum geplanten Steinhügel zum Ausdruck. Dieser Hügel soll durch das Zusammentragen von kleinen Steinen, auf denen der Besucher seine Gedanken mit einem Stift fixiert hat, gebildet werden. Darüber

hinaus errichteten wir einen Gedenkstein, um die Solidarität und das ehrende Gedenken der TeilnehmerInnen des Internationalen Jugendcamps zu symbolisieren. Trotz des großen Aufgebots an Journalisten, das die Gedenkfeier zum Medienspektakel zu kippen drohte, hat uns dieser Gedenktag sehr bewegt und beeindruckt, zumal wenn man bedenkt, daß bis vor ca. sechs Jahren offiziell gar nicht über das Kwangju-Massaker gesprochen werden durfte und jegliche Trauerfeiern verboten waren. Heute wird auch offiziell nicht mehr geschwiegen, die BürgerInnen von Kwangju halten das Andenken an den Kampf vom Mai 1980 wach und die Hauptschuldigen an dem Massaker, die beiden Ex-Präsidenten Chon Doo Hwan und Roh Tae Woo wurden von einem südkoreanischen Gericht verurteilt.

Das 1. Internationale Jugendcamp war für uns trotz einiger organisatorischer Probleme, die bei einer erstmalig durchgeführten Veranstaltung sicher nicht vermeidbar sind, ein außergewöhnliches Erlebnis und ein großer Erfolg. Wir hatten die Möglichkeit, Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern zu treffen, Erfahrungen mit ihnen auszutauschen und viel Neues kennenzulernen. Dies förderte unser Gefühl der Solidarität und der Toleranz und motiviert uns in unserem eigenen Einsatz für die Menschenrechte. In diesem Sinne hoffen wir, daß es in naher Zukunft ein zweites, drittes, viertes... internationales Jugendcamp mit ständig wachsender TeilnehmerInnenzahl geben wird.

Elif Dikkaya und Silke Therhaag sind Studentinnen an der Juristischen Fakultät der Universität Köln.

Nachlese:

Von Kwangju Citizens' Solidarity und dem International Youth Net for Human Rights, das im Ergebnis des Jugendcamps gebildet wurde, wird dreimal im Jahr ein Newsletter International Youth Net herausgegeben. Die erste Ausgabe ist im Oktober erschienen und berichtet über das Jugendcamp sowie die aktuelle Menschenrechtssituation in Indonesien, Burma, Südkorea und Kambodscha.

Postadresse: 4F, Mahny Bldg. 280-2 Chung-heung Dong, Buk-Ku, Kwangju 500-040, Republic of Korea,

email: kjcs@nownuri.nowcom.co.kr, Homepage: <http://www.ik.co.kr/kcs>

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.